

Wetter: 2° bis -4°



Vielfach Sonnenschein und niederschlagsfrei

Ein neuer Islam

Ahmad Mansour im Interview ▶ Die Seite drei



Mythos und Mutter

Natalie Portman in „Jackie“ ▶ Seiten 11, 12



Aachener Nachrichten

ÜBERPARTEILICH · UNABHÄNGIG

Donnerstag, 26. Januar 2017 · 73. Jahrgang · Nummer 22

www.an-online.de

1,40 Euro

Zuerst Aachen, dann Neuss

Terrorverdächtiger suchte Kontakt zu Islamisten

Aachen/Wien. Der 17-jährige Österreicher, der im Verdacht steht, für Ende Januar ein Bombenattentat in Wien geplant zu haben, hat sich im Dezember auch in Aachen und der hiesigen Islamisten-Szene aufgehalten. Ein Sprecher des österreichischen Innenministeriums sagte auf Anfrage unserer Zeitung zu einem entsprechenden Bericht der „Süddeutschen Zeitung“: „Dem widersprechen wir nicht.“

Zum genauen Zeitpunkt des Aufenthalts wollte sich der Sprecher mit Rücksicht auf die laufenden Ermittlungen jedoch nicht äußern. Der Terrorverdächtige habe sich in Aachen „zeitnah zu der jetzt erfolgten Festnahme“ aufgehalten.

Der 17-Jährige mit albanischen Wurzeln war vergangenen Freitag in Wien festgenommen worden

und sitzt in Untersuchungshaft. Die Ermittler vermuten einen islamistischen Hintergrund. Nach seinem Aufenthalt in Aachen soll der Österreicher Kontakt zu einem 21-Jährigen aus Neuss gehabt haben, der im Verdacht steht, ihm bei den Vorbereitungen für den Terroranschlag geholfen zu haben. Der 21-Jährige wurde am Samstagabend in Neuss festgenommen, seine Wohnung durchsucht.

„Die Durchsuchung selbst hat nicht zum Auffinden von Beweismitteln geführt, die auf einen unmittelbar bevorstehenden Anschlag schließen lassen“, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Düsseldorf. Am Sonntag erging gegen den Mann aus Neuss Haftbefehl wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat. (red)

Dieter Hecking spricht über seine Ziele mit den „Fohlen“



„Ich bin immer noch in der Findungsphase“, sagt Dieter Hecking. Der Fußballtrainer, unter dem Alemannia Aachen einst im Uefa-Cup für Furore sorgte und in die Bundesliga auf-

stieg, soll jetzt bei Borussia Mönchengladbach wieder für bessere Zeiten sorgen. Nach einer ziemlich verkorksten Hinrunde spricht der Nachfolger von André Schubert im

Interview über seine Vorstellungen und Ziele mit den „Fohlen“. „Die Erfolgserlebnisse und das Selbstvertrauen müssen wir uns erst zurückerarbeiten.“ Foto: dpa ▶ Seite 23

Studie: Belgiens Atomausstieg ist machbar

NRW-Umweltminister Johannes Remmel hat unserer Zeitung exklusiv die Forschungsergebnisse von Aachener Wissenschaftlern vorgestellt

VON MADELEINE GULLERT, CHRISTIAN REIN UND RENÉ BENDEN

Aachen. Die maroden belgischen Atommeiler Tihange 2 und Doel 3 können bis spätestens 2020 abgeschaltet werden. Mehr noch: Ein Atomausstieg bis 2025, wie ihn Belgien bereits im Jahr 2003 beschlossen hat, ist möglich. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie des Aachener Büros für Energiewirtschaft und technische Planung (BET) und des Instituts für Elektrische Anlagen und Energiewirtschaft (IAEW) der RWTH Aachen im Auftrag des NRW-Umweltministeriums. Die zentralen Inhalte der Untersuchung hat Landesumweltminister Johannes Remmel (Grüne) zusammen mit den Autoren bei einem Besuch in unserer Redaktion exklusiv vorgestellt.

Allerdings müssten nach Ansicht der Wissenschaftler bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden, um den Ausstieg tatsächlich zu schaffen. So müsse nicht nur die derzeit in Planung befindliche „Alegro“-Stromleitung zwischen Deutschland und Belgien möglichst schnell realisiert werden, sondern auch noch eine zweite derartige Verbindung zwischen den beiden Ländern geschaffen werden. Zudem müsse Belgien neue Erzeugungskapazitäten (etwa Windkraftanlagen oder Gaskraftwerke) schaffen.

„Mit den Ergebnissen der Studie möchten wir unsere Unterstützung anbieten, den vollständigen Atomausstieg 2025 sicher umzusetzen“, sagte Remmel im Gespräch mit unserer Zeitung. Er will nicht, dass die Nachbarn sich bevormundet fühlen. Die Studie soll entsprechend Grundlage für Austausch und Zusammenarbeit sein. Dazu

fordert Remmel von der Bundesregierung, mit Belgien und den Niederlanden konkrete Arbeitsstrukturen zu schaffen sowie feste Ziele zu vereinbaren, um Atomausstieg und Energiewende im Verbund zu bewältigen. „Mein Vorschlag ist, dazu eine Energiekommission mit Vertretern aus allen drei Ländern zu gründen“, sagte Remmel.

In Belgien spielt Strom aus Kernenergie bei der Versorgung eine wesentlich größere Rolle als in Deutschland. Bis zu 50 Prozent der erzeugten Menge stammen aus den insgesamt sieben Reaktoren an den beiden Standorten Tihange nahe Lüttich und Doel nahe Antwerpen. Ein so großer Schwerpunkt auf einem Energieträger sei allerdings problematisch, erklärte BET-Geschäftsführer Michael Ritza, einer der Autoren der Studie. Denn ein Ausfall sei viel schwieriger zu kompensieren als bei einer dezentralen Versorgung.

„Alegro“-Stromtrasse bis 2020

Bislang gibt es zwischen dem deutschen und dem belgischen Stromnetz keine direkte Verbindung. Die geplante „Alegro“-Stromtrasse zwischen Niederzier-Oberzier und dem belgischen Lixhe mit 1000 Megawatt (MW) Leistung soll Ende 2020 in Betrieb genommen werden, wie der Netzbetreiber Amprion auf Anfrage unserer Zeitung sagt. Die Erdkabel-Trasse soll quer durch unsere Region führen und nahe dem Übergang Aachen-Lichtenbusch an der A 44 die Grenze passieren. Wo eine in der Studie geforderte zweite Trasse mit einer Leistung von 2000 MW verlaufen und wie schnell sie gebaut werden könnte, ist noch völlig unklar. Als erstes müsse ein solches Projekt möglichst schnell bei der Bundesnetzagentur angemeldet werden, um die Planungen zu konkretisieren, sagte Remmel. Das werde die Landesregierung unterstützen.

NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne). Foto: Michael Jaspers

Abschiedsbrief gefunden

A 4-Geisterfahrer wollte sich selbst töten

Merzenich. Im Auto des Geisterfahrers auf der Autobahn 4, der bei Merzenich am Freitag einen tödlichen Unfall verursacht hatte, ist ein Abschiedsbrief gefunden worden. Der Inhalt des Briefes, der erst aus dem Niederländischen übersetzt werden musste, lasse darauf schließen, dass der 47-jährige Niederländer sich auf diese Art umbringen wollte, sagte Oberstaatsanwältin Katja Schlenkermann-Pitts gestern.

Er war auf dem Standstreifen den Fahrzeugen, die in Richtung Aachen unterwegs waren, entgegengefahren, dann nach rechts

in den fließenden Verkehr hineingezogen und dort frontal mit einem Sattelschlepper kollidiert, der den Wagen des Falschfahrers dann gegen einen weiteren Wagen schleuderte. Dessen Fahrer starb noch an der Unfallstelle. Die Beifahrerin wurde ebenso wie der Falschfahrer so schwer verletzt, dass beide gestern noch in Lebensgefahr schwebten.

Nur einen guten Tag später – in der Nacht zum Sonntag – war an gleicher Stelle erneut ein Falschfahrer unterwegs, der aber vor einer Polizeisperre flüchtete und seitdem gesucht wird. (cs)

Zwei Festnahmen nach Razzia gegen „Reichsbürger“

Berlin. Nach einer bundesweiten Razzia gegen Rechtsextremisten hat die Bundesanwaltschaft zwei Verdächtige vorläufig festnehmen lassen. Darunter ist ein 62-jähriger Hauptverdächtiger aus Schwetzingen. Er soll der Bewegung der „Reichsbürger“ nahe stehen. Mit einem weiteren Mann ist er dringend verdächtig, eine rechtsextreme Terrorvereinigung gegründet zu haben. Die Gruppe soll Anschläge auf Juden, Asylbewerber und Polizisten in Deutschland geplant haben. Konkrete Pläne gebe es jedoch nicht. (dpa) ▶ Seite 6

Geteiltes Echo auf Martin Schulz

Die Kanzlerin hat sich bisher nicht zum SPD-Kanzlerkandidaten geäußert

Berlin. Der überraschende Wechsel bei der SPD von Sigmar Gabriel zum früheren EU-Parlamentschef Martin Schulz ist auf ein geteiltes Echo gestoßen. Dass der Europapolitiker Schulz Parteichef und Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten werden soll, wurde in den eigenen Reihen erwartungsgemäß positiv aufgenommen. „Glückwunsch Martin Schulz! Unsere Unterstützung hast Du“, sagte Hannelore Kraft, NRW-Ministerpräsidentin und stellvertretende SPD-Vorsitzende. Dabei war Kraft, die Mitte Mai eine Landtagswahl zu bestehen hat, lange Zeit für Gabriel gewesen.

Die Union hielt sich zunächst zurück. Kanzlerin Angela Merkel sagte gar nichts, CSU-Chef Horst Seehofer warnte die eigenen Leute, dass es jetzt nicht einfacher geworden sei: „Eigentore dürfen keine passieren, jetzt noch weniger.“

FDP-Chef Christian Lindner äußerte Kritik am Rückzug Gabriels, der viele unerledigte „Baustellen“ hinterlasse. Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry bezeichnete Schulz auf Twitter hingegen als „Symbol für EU-Bürokratie und ein tief gespaltenes Europa“.

Linke und Grüne sehen in der Entscheidung der SPD keine Signalwirkung für oder gegen ein rot-rot-grünes Bündnis. „Ich glaube nicht, dass das einen großen Unterschied macht“, sagte Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht. Ihre Partei werde Schulz an seinen Taten messen. Auch für die Haltung der Grünen zur SPD hat die Personalentscheidung keine Konsequenzen. „Wir ziehen eigenständig in den Wahlkampf und reden über Inhalte, statt Koalitionsdebatten zu führen“, sagte Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt.

Schulz gab sich kämpferisch. „Dieses Land braucht in diesen schwierigen Zeiten eine neue Führung“, sagte er gestern Abend bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Gabriel. „Die SPD hat den Führungsanspruch in diesem Land.“ Allerdings liegen die Sozialdemokraten in Umfragen weit abgeschlagen hinter der Union von Kanzlerin Angela Merkel (CDU).

Schulz kündigte eine harte Auseinandersetzung mit Populisten und Extremisten an: „Ich sage in dieser auseinanderdriftenden Gesellschaft allen Populisten und den extremistischen Feinden unserer Demokratie und unserer pluralen Werteordnung hier entschieden den Kampf an.“ Er fügte hinzu: „Mit mir wird es kein Bashing gegen Europa geben. Mit mir wird es keine Hatz gegen Minderheiten geben.“ (dpa) ▶ Kommentar, Bericht und Interview Seite 2

IM LOKALTEIL

► Denkwürdige Amtseinführung

Es hätte Ratsalltag sein können, geriet aber zu einem außergewöhnlichen Ereignis: Die Verpflichtung eines neuen Ratsmitglieds nutzte Oberbürgermeister Marcel Philipp am Mittwoch, um deutlich Position gegen die Hetze von Rechten zu beziehen.

► Digitales Centre wird endlich international

► Aachener Bündnis für Altkleidersammlung

KURZ NOTIERT

ADAC: Private Firmen sollen blitzen dürfen

Goslar. Um die Polizei zu entlasten, könnten nach Ansicht des Automobilclubs ADAC künftig auch Privatunternehmen den Straßenverkehr überwachen. Dabei müsse allerdings die Verkehrssicherheit im Vordergrund stehen und nicht das Erzielen möglichst hoher Einnahmen, sagte ein ADAC-Sprecher vor dem 55. Deutschen Verkehrsgerechtstag, der heute in Goslar offiziell eröffnet wird. Die Einnahmen aus Verwarnungs- und Bußgeldern sollten die Kosten der Verkehrsüberwachung decken. (dpa) ▶ Seite 25

DER, DIE, DAS

Papst will Wappen statt Konterfei

Papst Franziskus will sein Konterfei nicht mehr auf vatikanischen Euro-Münzen sehen. Die neuen Prägungen für 2017 zielt nur noch das päpstliche Wappen. Das vatikanische Amt für Philatelie und Numismatik bestätigte am Mittwoch, dass Franziskus persönlich diese Entscheidung getroffen habe. Erstmals seit der Euro-Einführung im Vatikan 2002 ist damit kein regierender Papst auf den Münzen zu sehen. Bislang war Franziskus in drei verschiedenen Versionen auf allen vatikanischen Euro-Münzen von der 1 Cent- bis zur 2 Euro-Münze abgebildet.



KONTAKT

Zeitungsverlag Aachen GmbH Postfach 500 110, 52085 Aachen

Aboservice:

Telefon: 02 41 / 51 01 - 701

Fax: 02 41 / 51 01 - 790

Anzeigenberatung:

Telefon: 02 41 / 51 01 - 700

Fax: 02 41 / 51 01 - 790

Redaktion:

Telefon: 02 41 / 51 01 - 310

(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)

Fax: 02 41 / 51 01 - 360

Verlag (Zentrale):

Telefon: 02 41 / 51 01 - 0

E-Mail:

servicecenter@zeitungsverlag-aachen.de

AN im Internet:

an-online.de

